

Fachbereich Wirtschaft

Handels- und Investitionspolitik

Aufhebung der Industriezölle

<p>Aktueller Stand</p>	<p>Mit der vorliegenden Revisionsvorlage zum Zolltarifgesetz sollen die Zölle auf Industrieprodukte per 1. Januar 2022 auf null gesetzt werden. Der Begriff der Industrieprodukte umfasst für diese Vorlage alle Güter mit Ausnahme der Agrarprodukte (inkl. Futtermittel) und der Fischereierzeugnisse. Neben der Aufhebung der Zölle soll mit der Vorlage auch die Zolltarifstruktur für Industrieprodukte vereinfacht werden. Die vorgesehene Vereinfachung der Zolltarifstruktur senkt die Anzahl der Tarifnummern im Industriebereich von heute 6172 auf 4592. Die Vorlage ist Teil des Massnahmenpakets «Importerleichterungen» im Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz.</p> <p>Der Bundesrat hat die Botschaft zum Zolltarifgesetz am 27. November 2019 zuhänden des Parlaments verabschiedet. Der Nationalrat hat als Erstrat in der Sommersession 2020 die Vorlage mit 108 zu 83 Stimmen abgelehnt. Der Ständerat ist in der Herbstsession mit 29 zu 14 Stimmen auf das Geschäft eingetreten. Die WAK-S ist in der Detailberatung dem Entwurf des Bundesrates gefolgt. Der Ständerat ist am 2. Dezember in der Gesamtabstimmung mit 28 zu 14 Stimmen bei einer Enthaltung der Kommission gefolgt. Das Geschäft geht nun zurück an den Nationalrat.</p>
<p>Ausblick</p>	<p>Die Schweizer Zölle sind historisch gewachsen und wurden eingeführt, um die Industrie zu schützen. Heute hat die Schweizer Industrie keinen Bedarf für diese Schutzzölle mehr. Vielmehr sind die hiesigen Firmen darauf angewiesen zu guten Konditionen importieren zu können. Mit einem durchschnittlichen Zollsatz von 1.8% entspricht die Mehrheit der Zölle gemäss der während der Uruguay Runde der WTO verwendeten 3% Grenze einem « Nuisance Tariff », also einem Belästigungszoll. Für viele der Tarifnummern sind die Zölle zu tief, um eine Schutzwirkung zu erzielen und die administrativen Aufwände übersteigen oft die Einnahmen.</p> <p>Die historische gewachsene Tarifstruktur für Industriezölle ist zudem äusserst komplex. Sie umfasst 6172 Tarifnummern. Dies macht die Zollanmeldung für Unternehmen sehr zeitaufwändig und kostspielig. Eine Vereinfachung lässt sich kaum realisieren ohne die Aufhebung der Industriezölle, da für alle zusammengeführten Tarifnummern neue Zölle festgelegt und gegebenenfalls mit der WTO verhandelt werden müssten.</p> <p>SwissHoldings begrüsst Importerleichterungen und die weitere Öffnung des Schweizer Marktes, denn die Mitgliedsfirmen von SwissHoldings sind stark mit den weltweiten Wertschöpfungsketten verflochten und auf Vorleistungen und Importe aus dem Ausland angewiesen. Eine liberale Handelspolitik mit einem möglichst weitgehenden Verzicht auf Einschränkungen in den freien Warenverkehr ist für die Prosperität unserer Volkswirtschaft insgesamt wesentlich. Unser Verband wird die Vorlage im weiteren parlamentarischen Prozess eng begleiten.</p>

Freihandelsabkommen

<p>Aktueller Stand</p>	<p>Die Schweizer Wirtschaft ist stark global ausgerichtet und somit abhängig von internationalem Handel und internationalen Investitionstätigkeiten. So war und ist die stete Verbesserung des Zugangs zu ausländischen Märkten ein Fokus der Schweizer Aussenpolitik. Dies geschieht unter anderem durch Freihandelsabkommen mit Drittstaaten. Die Schweiz verfügt über ein Netzwerk von 31 Freihandelsabkommen mit 41 Partnern weltweit. Aktuell verhandelt die Schweiz 7 Freihandelsabkommen, namentlich mit Chile, Indien, Malaysia, Mercosur, Mexiko, SACU und Vietnam. Zudem hat das Parlament das Freihandelsabkommen mit Indonesien im Dezember 2019 angenommen.</p> <p>In vergangenen Jahren wurde die Globalisierungskritik lauter und Freihandelsabkommen werden zunehmend kritisch betrachtet. Speziell Befürchtungen hinsichtlich der nachhaltigen Entwicklungsziele (SGDs) sowie der Klimaziele, haben protektionistische Tendenzen weiter befeuert. So haben auch Diskussionen um die Nachhaltigkeit von Freihandelsabkommen zugenommen.</p> <p>Im Rahmen dieser Diskussion wurde gegen das Freihandelsabkommen mit Indonesien ein Referendum ergriffen. Dieses ist am 1. Juli 2020 zustande gekommen. Über die Vorlage wird am 7. März 2021 abgestimmt.</p>
<p>Ausblick</p>	<p>Der Ausbau des Netzes aus Freihandelsabkommen ist wichtig für die exportorientierte Schweizer Wirtschaft und die Mitgliedsfirmen von SwissHoldings. Freihandelsabkommen ermöglichen einen privilegierten Zugang zu wichtigen Märkten und führen insgesamt zu mehr Wachstum und Wohlstand in der Schweiz. Zudem stellen sie sicher, dass Schweizer Unternehmen gegenüber Unternehmen anderer Länder keinen Wettbewerbsnachteil haben. SwissHoldings unterstützt somit die Strategie des Bundesrates, das Netz an Freihandelsabkommen zu erweitern und zu modernisieren und begrüsst insbesondere auch den Abschluss des Abkommens mit Indonesien.</p> <p>Selbstverständlich anerkennt SwissHoldings den Anspruch, dass Nachhaltigkeitsaspekte in Überlegungen zu Freihandelsabkommen einfließen. Das Kapitel zu «Nachhaltigkeit und Handel» in den Abkommen bildet ein solides Fundament zur Förderung nachhaltiger Entwicklung. Grundsätzlich darf nicht vernachlässigt werden, dass intensivierete Handelsbeziehungen selbst ein wichtiger Faktor sind, um nachhaltige Entwicklung zu fördern. Dabei spielen neben bedeutenden wirtschaftlichen Aspekten auch die Verbesserung des Arbeitsmarktes und damit einhergehend der soziale Fortschritt sowie der Wissens- und Technologietransfer eine wichtige Rolle. SwissHoldings wird sich weiterhin für den wichtigen Ausbau des Schweizer Netzes an Freihandelsabkommen einsetzen.</p>



Investitionskontrollen

Aktueller Stand / Ausblick

In der Schweiz wird derzeit die Frage diskutiert, ob ausländische Direktinvestitionen in Schweizer Unternehmen eine Gefahr für die Schweiz darstellen.

Der Bundesrat hat sich im Rahmen des Berichts „[Grenzüberschreitende Investitionen und Investitionskontrollen](#)“ bereits eingehend mit dieser Fragestellung auseinandergesetzt. Das Gremium ist der Ansicht, dass die Einführung einer behördlichen Kontrolle von Direktinvestitionen zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Mehrwert bringen würde. Ungeachtet dieser Positionierung haben sich beide Räte für die [Motion Rieder](#) ausgesprochen. Damit wird der Bundesrat mit der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage für eine Investitionskontrolle ausländischer Direktinvestitionen in Schweizer Unternehmen beauftragt – unter anderem, indem er eine Genehmigungsbehörde für die der Investitionskontrolle unterworfenen Geschäfte einsetzt. Im Fokus stehen insbesondere Übernahmen und Beteiligungen von Firmen aus den dynamisch wachsenden Schwellenländern in Infrastrukturen wie Energie, Transport, Telekommunikation, Datenspeicherung und Finanzinfrastruktur. Eine «massgeschneiderte Lösung», wie sie die Befürworter der Vorlage während der Ratsdebatte in Aussicht stellten, wird es in der Praxis wohl schwer haben.

Eine weitere Motion ([20.3461](#)) der UREK-NR beauftragt den Bundesrat gesetzliche Grundlagen für eine Investitionskontrolle bei kritischen Infrastrukturen zu erarbeiten, sofern ausländische Direktinvestitionen in Schweizer Unternehmen zu einer faktischen Kontrolle der Unternehmung führen. Sie wird in der Wintersession 2020 im Nationalrat als Erstrat behandelt.

Die Schweiz gehört zu den grössten Direktinvestoren der Welt. Schweizer Unternehmen verfügten im Jahr 2017 über einen Kapitalbestand von 1'466 Mrd. Fr. im Ausland. Das Gegenstück dazu ist der Bestand von 1'296 Mrd. Fr. ausländischer Direktinvestitionen in der Schweiz. Zudem stellen sich auch komplexe Fragen in der konkreten technischen Umsetzung: Nach welchen Kriterien soll denn die Behörde künftig entscheiden sollen, ob eine ausländische Investition «im Interesse der Schweiz» ist? Des Weiteren dürfte es sich in der Praxis als eine Herausforderung erweisen, die «strategisch wichtigen Branchen» von den übrigen Wirtschaftssektoren klar abzugrenzen.

SwissHoldings wird aktiv die Ausarbeitung des konkreten Gesetzesentwurfes begleiten. Das Vertrauen in den offenen – aber bereits heute nicht schrankenlosen Investitionsstandort Schweiz und in die liberale Wirtschaftspolitik ist aufrechtzuhalten.



Corporate Social Responsibility

Unternehmens-Verantwortungs-Initiative

<p>Aktueller Stand</p>	<p>Die Volksinitiative wurde seit Herbst 2017 auf Ebene Parlament beraten. In der diesjährigen Sommersession wurde die Differenzbereinigung abgeschlossen. Nach dem Bundesrat und dem Ständerat empfahl auch der Nationalrat die extreme Unternehmens-Verantwortungs-Initiative zur Ablehnung. Zudem hat das Parlament in der Schlussabstimmung einem indirekten Gegenvorschlag zugestimmt. Dieser schafft strengere Vorgaben für Unternehmen zur Respektierung von Menschenrechten und Umweltstandards in der Lieferkette, schützt die Unternehmen aber vor missbräuchlichen und erpresserischen Klagen. Die Wirtschaftsverbände unterstützen diesen Kompromiss, weil dieser auf international bewährte Lösungen setzt und nicht zu einem Schweizer Alleingang führt.</p> <p>Die Volksinitiative kam am 29. November 2020 zur Abstimmung. Der Lead der Kampagne der Wirtschaft lag dafür bei <i>economiesuisse</i>. SwissHoldings engagierte sich flankierend dazu. Die Initiative erzielte äusserst knapp ein Volksmehr (50.7% Ja-Stimmenanteil) – die Vorlage wurde jedoch dank eines klar verpassten Ständemehrs (Stände: 14,5 NEIN, 8,5 JA) bei einer durchschnittlichen Stimmbeteiligung von 46% abgelehnt.</p> <p>Dies ebnet den Weg für das Inkrafttreten des indirekten Gegenvorschlags – sollte nicht innerhalb der nächsten 100 Tagen dagegen das Referendum ergriffen werden. Als nächster Schritt wird der Bundesrat eine Vernehmlassung für die Verordnung eröffnen, welche die noch offenen Punkte des Gegenvorschlags konkretisiert.</p>
<p>Ausblick</p>	<p>SwissHoldings nimmt die Ablehnung der Unternehmens-Verantwortungs-Initiative (UVI) erleichtert zur Kenntnis.</p> <p>Das Ziel bleibt unverändert, eine zielgerichtete und insbesondere international abgestimmte Regulierung bezüglich der «Corporate Social Responsibility» für die Schweiz sicherzustellen. Das Inkrafttreten des Gegenvorschlags stellt einen wichtigen Schritt in diese Richtung dar. Der Verband wird die Ausarbeitung der Verordnung zur Umsetzung des Gegenvorschlags eng begleiten.</p>

CSR-Aktionspläne des Bundesrates

<p>Aktueller Stand</p>	<p>SwissHoldings setzt sich für eine zweckmässige Regulierung im Bereich der Corporate Social Responsibility ein. Mit dem Fokus auf internationale Standards und «Best practices» weisen in der Schweiz der Nationale Aktionsplan «Wirtschaft und Menschenrechte» (NAP) des Bundesrates und das „CSR-Positionspapier“ vom SECO in die richtige Richtung. In der wichtigen Frage der „Corporate Social Responsibility“ ist nur ein international koordiniertes Vorgehen zielführend.</p> <p>Der Bundesrat hat am 15. Januar 2020 die revidierten Aktionspläne 2020 – 2023 zur gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen und zu Wirtschaft und Menschenrechte gutgeheissen. Bereits im Dezember hat das Gremium den Inhalt und die Stossrichtung der Überarbeitung des NAP bekanntgegeben. Der Bundesrat baut auf den bisher erzielten Ergebnissen auf und wird die Unternehmen weiterhin durch wirksame Massnahmen unterstützen.</p>
-------------------------------	--



	<p>Dies beinhaltet namentlich die Schaffung von Fördermassnahmen zur Umsetzung der menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung (Tools, Leitfäden etc.) und die Zusammenarbeit mit Multi-Stakeholder-Initiativen, die insbesondere KMU unterstützen können.</p> <p>Ebenso hat der Bundesrat sein Positionspapier und Aktionsplan zur Verantwortung der Unternehmen für Gesellschaft und Umwelt revidiert. Neu wurden die Stossrichtungen aus strategischer Perspektive so angepasst, dass der Stakeholderdialog verstärkt sowie Überprüfung der Umsetzung der CSR-Instrumente sowie die Digitalisierung in den Fokus gerückt wird.</p> <p>Aus Sicht von SwissHoldings sind diese Aktionspläne des Bundesrates von hoher Bedeutung.</p>
--	--

Rechnungslegung und Berichterstattung

COVID-spezifische Herausforderungen

<p>Aktueller Stand</p>	<p>Der Ausbruch des „COVID-19“ Anfang 2020 zieht bedeutende wirtschaftliche Konsequenzen mit sich. Längst sind nicht mehr nur jene Unternehmen betroffen, welche wesentliche Geschäftsbeziehungen ins Ausland unterhalten. Für viele Unternehmen stellt sich nun die Frage, ob und in welcher Form, die Auswirkungen von COVID-19 in Abschlüssen zu berücksichtigen sind. Besonderes Augenmerk gilt hierbei den Standards „Financial Instruments, IFRS 9“, „Leases, IFRS 16“. „Asset Impairment, IAS 36“ wie auch den weiteren Themen „Government grants and assistance, IAS 20“ wie „Provisions related to COVID-19, IAS 37“.</p>
<p>Ausblick</p>	<p>SwissHoldings hat diesbezüglich einen verbandsinternen Austausch gefördert und wird weiterhin die Diskussionen in diesem Bereich begleiten.</p>

IFRS Standardsetzung

<p>Aktueller Stand</p>	<p>Im Bereich der IFRS-Standardsetzung hat das IASB im letzten Quartal keine neuen Standards verabschiedet. Dafür hat das Gremium zahlreiche Änderungsentwürfe publiziert und zur Konsultation gestellt. Neben kleineren Standardanpassungen ist in diesem Kontext der Entwurf mit den vorgeschlagenen Neuerungen an der Darstellung und Gliederung von Abschlüssen hervorzuheben. Schon lange war das IASB bemüht, die Darstellung der Hauptbestandteile eines IFRS-Jahresabschlusses (Bilanz, Ergebnisrechnung sowie Kapitalflussrechnung) grundlegend neu zu regeln. Weitere Überarbeitungsvorschläge betreffen den Bereich «Goodwill and Impairment». So wird gegenwärtig überprüft, ob es Alternativen zum bestehenden Wertminderungsmodell gibt und ob die Anhangsangaben ausgebaut werden sollen. In Bezug auf die «Rate Regulated Activities» wird derzeit ein neues Modell entwickelt, welches detailliertere Informationen bezüglich der verfolgten Praxis in der Tarifregulierung eines Unternehmens geben sollte. Nicht zuletzt stehen auch die beiden Standards «Business Models under Common Control» und «Management Commentary» zur Diskussion.</p> <p>Des Weiteren hat die IFRS-Foundation ein Konsultationspapier veröffentlicht,</p>
-------------------------------	---



	um zu prüfen, ob das IASB bei der Entwicklung von globalen Nachhaltigkeitsstandards künftig eine aktivere Rolle einnehmen soll. Insbesondere diskutiert wird in diesem Kontext die Schaffung eines eigenen Sustainability Standards Board (SSB).
Ausblick	SwissHoldings wird weiterhin die Entwicklung der IFRS-Rechnungslegung aktiv verfolgen. Unser Verband nimmt kontinuierlich an den Konsultationen des IASB zu Standard-Entwürfen teil. So wurde Ende September ein Comment Letter zu “General Presentation and Disclosures” eingegeben. Am 3. November fand eine Informationsveranstaltung statt, in der Vertreter von SwissHoldings das «Goodwill and Impairment»-Projekt mit Vertretern des IASB besprochen haben. Zudem ist ein Austausch zu Sustainable Reporting / Sustainable Finance geplant.

Entwicklungen auf EU-Ebene

Aktueller Stand	<p>Auf EU-Ebene befindet sich das Thema Nachhaltigkeit im Zentrum der öffentlichen Diskussion. Im Rahmen dieser Diskussion wurde die Europäische Kommission durch verschiedene Vorstösse aktiv.</p> <p>Darunter fällt die erwartete Überarbeitung der Richtlinie zur nicht-finanzieller Berichterstattung. Dazu hat die Europäische Kommission im Frühjahr 2020 eine Konsultation durchgeführt. Im Fokus stehen Fragen wie: ob eine Prüfungspflicht eingeführt, ob die bestehenden Spielräume bei der Auswahl der ESG-Aspekte beibehalten, inwiefern eine Vertiefung der klima- und umweltbezogenen Faktoren künftig verlangt und ob die Anzahl der unter die Regulierung fallenden Unternehmen erweitert werden soll.</p> <p>Verbindliche Standards für nicht-finanzielle Berichterstattung werden als wahrscheinliches Ergebnis der Überarbeitung erachtet. Man erwartet einen Gesetzesentwurf bis Anfang 2021.</p> <p>Zusätzliche beschäftigt sich die Europäische Kommission aktuell mit einer möglichen Regulierung im Bereich nachhaltiger Unternehmensführung. Dazu hat sie Ende Oktober 2020 eine Konsultation eröffnet.</p>
Ausblick	SwissHoldings verfolgt die Entwicklungen und begleitet die Geschäfte weiterhin, insbesondere im Rahmen der entsprechenden BusinessEurope Arbeitsgruppe.

Kapitalmärkte

Wirtschaftspolitik in der Corona Krise: Einschätzungen von SwissHoldings

<p>Aktueller Stand</p>	<p>Die Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie hat enorme Auswirkungen auf die Wirtschaft. Bereits die Bekämpfung der ersten Welle hat die Wirtschaft für enorme Herausforderungen gestellt. Erste Schätzungen gehen davon aus, dass das BIP in der Schweiz im laufenden Jahr um 3,8 Prozentpunkte gesunken ist. Ohne die von Bund und Kantone breitflächig zur Verfügung gestellten Unterstützungsleistungen wäre der Einbruch noch viel stärker ausgefallen.</p> <p>Die zweite Welle hat die Schweiz im Oktober und November heftig getroffen. Ein zweiter Lockdown konnte jedoch bislang vermieden werden. Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) lassen darauf schliessen, dass es trotz strengeren Massnahmen zu keinem Rückgang der Wirtschaftsaktivität kam.</p>
<p>Ausblick</p>	<p>SwissHoldings beobachtet eingehend die laufenden Entwicklungen und steht im engen Austausch sowohl mit seinen Mitgliedsfirmen wie auch mit den Vertretern von Seiten Parlament, Bundesverwaltung und weiteren öffentlichen Institutionen.</p> <p>Der Verband hat zudem im Juli 2020 zum COVID-19-Solidarbürgschaftsgesetz Stellung bezogen (https://swissholdings.ch/stellungnahme-von-swissholdings-zum-covid-19-solidarbuergschaftsgesetz/).</p>

Sustainable Finance

<p>Aktueller Stand</p>	<p>Das Thema “Sustainable Finance” gewann parallel zur nachhaltigen Unternehmensführung an Bedeutung. Besonders im Diskurs rund um das Pariser Abkommen, wurde klar, dass private Investoren eine wichtige Rolle zu spielen haben, um den Klimawandel zu stoppen. Gemäss diesen Überlegungen soll durch die Beteiligung von privaten Investoren sichergestellt werden, dass Marktmechanismen die vielversprechendsten nachhaltigen Investitionen stützen und so die Ressourcen am effektivsten zuweisen.</p> <p>In der Realität hat nachhaltige Finanzierung längst die Finanzmärkte erreicht. Die Anzahl nachhaltiger Finanzprodukte hat in den vergangenen Jahren massiv zugenommen. Eine Studie von Swiss Sustainable Finance hat gezeigt, dass Ende 2018 CHF 717 Milliarden in nachhaltige Finanzprodukte investiert war – dies entspricht gegenüber 2017 einem Anstieg von 83%.</p> <p>Das Thema ist auch auf politischer Ebene angekommen. Bereits im Juni 2019 setzte der Bundesrat eine interne Arbeitsgruppe unter der Leitung des Staatssekretariats für Finanzfragen zum Thema Sustainable Finance ein. Am 24. Juni 2020 hat der Bundesrat nun einen Bericht und Leitlinien zur Nachhaltigkeit im Finanzsektor verabschiedet. Erklärtes Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzmarktes in diesem Bereich zu stärken und einen effektiven Beitrag zur Nachhaltigkeit zu leisten. Aus dem Bericht ergeben sich folgende Schwerpunkte: die systematische Offenlegung von relevanten und vergleichbaren Klima- und Umweltinformationen für Finanzprodukte, die Stärkung der Rechtssicherheit in Bezug auf treuhänderische Pflichten bzw. in Bezug auf die Berücksichtigung von Klima-/Umweltrisiken und -wirkungen, die</p>
-------------------------------	---



	<p>Stärkung der Berücksichtigung von Klima-/Umweltrisiken und -wirkungen bei Fragen der Finanzmarktstabilität sowie die Beobachtung von Entwicklungen auf internationaler und insbesondere EU-Ebene. Diese will der Bundesrat in Zusammenarbeit mit der Branche und weiteren Interessengruppen angehen.</p> <p>Auch im Parlament gibt es verschiedene Vorstösse zum Thema. Diese kommen von allen Parteien ausser der SVP. Während sich die FDP verstärkt für die Stärkung des Schweizer Finanzplatzes im Bereich von Sustainable Finance einsetzt, konzentrieren sich die Mitte-links Parteien stärker auf die Aspekte des Klimaschutzes und wie der Sektor reguliert werden kann, um nachhaltige Investitionen zu fördern.</p> <p>Auf EU-Ebene steht Sustainable Finance hoch auf der Agenda. So hat die Europäische Kommission einen Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums präsentiert woraus bereits mehrere legislative Vorstösse resultierten, darunter auch die Taxonomy. Zusätzlich wird momentan die Aktualisierung der Strategie zu Sustainable Finance sowie der Regulierung zu nicht-finanzieller Berichterstattung in Betracht gezogen. Auf internationaler Ebene entstand ebenfalls eine Vielzahl von Organisationen, die sich für die Entwicklung und Standardisierung des Feldes einsetzen.</p> <p>Entwicklungen im Bereich nachhaltige Finanzierung betreffen auch Unternehmen ausserhalb des Finanzsektors. Es wird zunehmend wichtiger Investoren darzulegen, dass Nachhaltigkeitskriterien erfüllt werden. Kann dies nicht zufriedenstellend erreicht werden, besteht langfristig das Risiko hoher Kapitalkosten.</p>
Ausblick	<p>SwissHoldings begrüsst die neue Rolle, die der Wirtschaft im Bereich von Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung zugemessen wird. Märkte verteilen Ressourcen effektiv, so dass der Grenznutzen für die ESG-Faktoren maximiert werden kann. Der Verband wird die aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich verfolgen und entsprechende Geschäfte begleiten.</p>

Geldpolitik SNB

Aktueller Stand	<p>In den heutigen ausserordentlichen Zeiten infolge der "COVID 19"-Herausforderungen rückt zunehmend auch die Schweizerische Nationalbank (SNB) in den Fokus der Aufmerksamkeit. Auf Ebene Parlament sind verschiedene Vorstösse behandelt worden, welche zum Ziel haben, die Ausschüttungen der SNB an gewisse Zwecke zu binden. Namentlich ist dies die Motion von Nationalrat Alfred Heer, welche die Erträge aus den Negativzinsen direkt in die AHV zuteilen möchte. Der Schlüssel der Gewinnverteilung – zwei Drittel für die Kantone und ein Drittel für den Bund – soll entsprechend belassen werden, jedoch sollen die Negativzinsen über die Jahre vom Bundesanteil zulasten der AHV umverteilt werden. Damit soll der Bundesanteil in der Höhe der erhobenen Negativzinsen vermindert werden. Eine andere Motion der WAK-N fordert, dass dieser Bundesanteil der künftigen SNB-Ausschüttungen direkt für den Abbau der Corona-Schulden zu verwenden sei. Beide Motionen wurden im Nationalrat angenommen. Sie müssen jedoch noch die Hürde im Ständerat nehmen.</p>
Ausblick	<p>SwissHoldings wird die laufenden Entwicklungen eng verfolgen. Aus Sicht des Verbandes hat sich die bisherige Ausschüttungspraxis der Nationalbank bewährt. Einer «Verpolitisierung», respektive weiteren Zwecksbindung der Gewinne der SNB steht die Organisation kritisch gegenüber.</p>